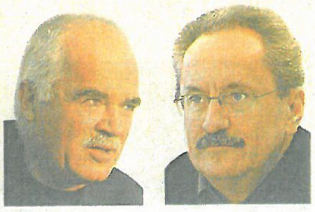
Telefon (089) 53 06-410
politik@merkur-online.de
Telefax: (089) 53 06-86 57

DONNERSTAGSKOLUMNE

Briefwechsel



zwischen
Peter Gauweiler und Christian Ude

Gesetze-machen: Traum und Wirklichkeit

Christian Ude (SPD) und Peter Gauweiler (CSU) liefern sich jeden Donnerstag an dieser Stelle einen Schlagabtausch. Heute: Peter Gauweiler.

Lieber Christian,

wirklich schöne Geschichte in Deinem letzten Brief. Wo Du mir schriebst, was Dir vor Tagen träumte – nach einem Geburtstagsmahl aus Kabeljau und Weißwein. Schon Deine Einleitung hat mich neugierig gemacht. „I had (have) a dream!" Wow! Martin Luther King-Ude!! Dir war aber nicht die rote Erde von Alabama erschienen, Du sahst im Traum die Damen und Herren der deutschen Rathäuser, sich wandelnd zu den Führern des Berliner Reichstags: „Wir ... Bürgermeister, vom Volk gewählt ... den Spieß umdrehend ... für die Gesetzgebung zuständig ... wunderbare Welt."

A very beautiful dream – aber please Christian, wach auf! Auch wenn Du ihn umdrehst, es bleibt der gleiche Spieß. Und dieser Spieß, die deutsche Gesetzgebung, gibt es bald nicht mehr. Für niemanden in der Bundesrepublik Deutschland. Der Deutsche Bundestag ist nämlich mit Riesenmehrheit dabei – koste es was es wolle – die Instanzen der EU zu ermächtigen, für unsere Bevölkerung, für die deutschen Länder, Städte und Gemeinden alles zu entscheiden, was wirklich wichtig ist. Die Führungsleute von Union, SPD, FDP und Grünen haben fast 4/5 aller Bundestagsabgeordneten dazu gebracht – schon vor drei Jahren, seit der Abstimmung über den Lissabon-Vertrag. Und obwohl das Bundesverfassungsgericht dem einen Riegel vorschob, haben sie im vergangenen Jahr, bei dem ersten Rettungsschirmgesetz, auch noch die Verpfändung der Steuereinnahmen eines Jahres gleich ganz der Exekutive übertragen, damit es für die EU noch leichter wird – in Widerspruch zur parlamentarischen Haushaltsverantwortung des deutschen Parlaments. Was das Bundesverfassungsgericht wiederum so nicht durchgehen ließ. Und als unsere Regierung und die Führung der Opposition vor wenigen Wochen beschlossen hatte, den erweiterten Rettungsschirm (211 Milliarden plus Zinsen) auch noch zu „hebeln", also die Möglichkeiten zur Schuldenaufnahme nochmals zu erweitern (was nicht zu tun von den Parteien kurz zuvor feierlich versprochen worden war), stimmte dem wiederum eine gewaltige Mehrheit des Bundestags zu. Obwohl gerade vom Bundesverfassungsgericht wegen Nichtwahrnehmung der parlamentarischen Haushaltsverantwortung gerügt, beschlossen sie, ihre Parlamentsrechte an ein neunköpfiges Geheimgremium zu übergeben und sich selbst aus dem Obligo zu nehmen. Ausgewählt wurden dafür vor allem solche MdB's, die die Verfassungsverstöße zuvor hingenommen oder sogar offen befürwortet hatten. Auch dieser Verantwortungsflucht hat das Bundesverfassungsgericht jetzt einen erneuten Riegel vorgeschoben. Wie zuvor (auf meinen Antrag) beim ersten Rettungsschirm und davor beim Lissabon-Vertrag. Diesmal waren es zwei Abgeordnete aus der SPD, die in einem verfassungsgerichtlichen Verfahren in Karlsruhe erfolgreich eingefordert hatten, dass der Gesetzgeber seine Kompetenzen nicht aus der Hand geben darf. Auch wenn es (fast) alle Parteien so wollten.

Warum machen so viele Abgeordnete das mit? Es sind doch politisch erfahrene Leute und gute Demokraten sind sie auch. Aus vielen Gesprächen mit ihnen weiß ich, dass auch sie voller Skepsis über die EU sind und daraus keinen Hehl machen. Es ist – wie ersichtlich – auch keine Frage der Parteizugehörigkeit. So viele Abgeordnete sehen die Fehlentwicklung und fördern sie mit ihrer Stimme. Wie ist das zu erklären? Um der Sache auf den Grund zu gehen, habe ich mir die November-Ausgabe von „Psychologie Heute" gekauft. In einem Editorial der Zeitschrift werden die Leser an zwei unterschiedliche Motive menschlichen Verhaltens erinnert, die seit der Kindheit in uns streiten: Das Bedürfnis nach Bindung und Zugehörigkeit und das Bedürfnis nach Autonomie. Die Herausgeber erinnern, dass vor 50 Jahren der Sozialpsychologe Stanley Milgram an der Yale-Universität eine bahnbrechende Serie von Experimenten über den menschlichen Gehorsam – und wozu er uns treibt – begonnen hat. Die große Mehrheit seiner Versuchspersonen war bereit, anderen Menschen starke, sogar lebensgefährliche Stromstöße zu verpassen, weil es Versuchsleiter in weißen Kitteln so wollten. Das Bedürfnis nach „Zugehörigkeit" war wichtiger als ein autonomes Nein-Sagen-Können. Autonomie, also selbstbestimmt bleiben, wörtlich: selbst Gesetzgeber sein – das, was Du für Deine Bürgermeister in Deinem großen Traum eingefordert hast – ist anstrengend, manchmal riskant – und offensichtlich nur sehr schwer durchzuhalten. „Also geben wir nach, verleugnen uns, schließen faule Kompromisse ..., es hat doch keinen Zweck, wegen dieser Sache einen Streit anzufangen, auf die Barrikaden zu gehen, eine Freundschaft zu gefährden." Professor Milgram versus Reverend King. Natürlich muss nicht nur im Versuch, sondern auch in der Realität das autonome Nein immer begründet werden (und begründbar sein) – sonst ist es nur nerviges Querulantentum. Aber diese Begründung über die Verantwortung des Gesetzgebers hat das Bundesverfassungsgericht gegeben. Es ging in unseren Fällen ja nicht so sehr um das inhaltliche Pro und Kontra einer gesetzlichen Regelung, sondern um die totale Aufgabe von demokratischer Verantwortung zugunsten einer kontinentalen Über-Macht.

Wenn die zwei sozialdemokratischen Abweichler, meine Bundestagskollegen Dr. Peter Danckert und Swen Schulz, wegen ihrer Eilanträge beim Bundesverfassungsgericht innerparteilich vom Vorstand der SPD einen Rüffel bekommen sollten, wäre ich Dir dankbar, wenn Du sie verteidigst. Vielleicht können wir unsere Parteien wieder zu mehr Verantwortungsbereitschaft im Bundestag überreden. Oder überzeugen. Noch ein Traum.

Mitträumend
Dein Peter Gauweiler